

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU**Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2005 (einschließlich Veränderungen im Produktgruppenhaushalt)**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Nachtragsproduktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

Produktplan:	11	Justiz
Produktbereich:	11.01	Fachgerichtsbarkeit
Produktgruppe:	11.01.05	Verwaltungsgericht

Der Anschlag bei den konsumtiven Einnahmen wird von 246 T€ um 43 T€ auf 289 T€ und der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben von 290 T€ um 51 T€ auf 341 T€ erhöht.

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird von 1.812 T€ um 9 T€ auf 1.803 T€ reduziert.

II. In konkreter Umsetzung wird der Nachtragshaushaltsplan wie folgt geändert:

Einzelplan:	01	Justiz und Verfassung, Sport
Kapitel:	0181	Verwaltungsgericht
Titel:	0181/112 02-6	Gerichtsgebühren und Geldstrafen

Der Anschlag wird von 244.700 € um 43.000 € auf 287.700 € erhöht.

Titel:	0181/422 01-7	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter
--------	---------------	--

Der Anschlag wird von 1.278.740 € um 8.730 € auf 1.270.010 € reduziert.

Titel:	0181/532 22-0	Gebühren und Auslagen der Rechtsanwälte bei Prozesskostenhilfe
--------	---------------	--

Der Anschlag wird von 45.410 € um 50.680 € auf 96.090 € erhöht.

Cornelia Wiedemeyer,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Helmut Pflugradt,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU